

Arbeitsprogramm 2010

Amt für Recht und Statistik

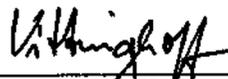
Zuständiger Fachausschuss:

Haupt-, Finanz- und
Personalausschuss

Einbringung am:

13.01.2010

17.09.2009



Unterschrift Amtsleitung

Arbeitsprogramm 2010

Amt	Bearbeitet von	Tel.	Stand
Amt 30	Frau Vittinghoff	86-2321	17.09.2009

1 Steckbrief des Amtes**1.1 Personalausstattung (IST- Stand)**

	gesamt	Beamte	Tarifbeschäftigte
Planstellen lt. Stellenplan 2009	21	11	10
davon derzeit besetzt mit	21	8	13
Vollzeitkräften	16	6	10
Teilzeitkräften	5	2	3
davon derzeit nicht besetzt ("freiwillig" bzw. "gesperrt")	0,19 Anteil einer Planstelle 30-S (gesperrt)		
<i>nachrichtlich:</i>			
Stundenkontingente			
Saisonkräfte			
sonst. Beschäftigungsverhältnisse	2		
Anmerkungen zu sonst. Beschäftigungsverhältnissen (z.B. Ausbildungsverhältnissen, ABM-Kräften): 2 kurzfristige Beschäftigungsverhältnisse mit 13,5 bzw. 9 Std. im Zusammenhang mit der Übernahme von Aufgaben „Innovationsring bayerischer Städte“			

Das eingesetzte Personal verteilt sich wie folgt:

Städtische Datenschutzbeauftragte**Amtsleitung**

sowie Abteilungsleitung 30-R; Justitiarin; Wahrnehmung der ständigen Vertretung der rechtlichen Leitung des Staatlichen Schulamtes; Referatsvertretung

1 Juristin

Geschäftszimmer:

1 Geschäftszimmerkraft, 1 Referatssekretärin

Abteilung 30-R: RechtStellvertretende Amts- und Abteilungsleitung; Justitiarin

1 vollbeschäftigte Juristin im Beamtenverhältnis

Justitiariate

1 teilzeitbeschäftigte Juristin (alternierende Telearbeit) im Beamtenverhältnis,

1 teilzeitbeschäftigte Juristin im Angestelltenverhältnis,

1 vollbeschäftigter Jurist im Beamtenverhältnis

DS/30-3 (Datenschutz)

und Bereich 30-3 (Schadenfälle, Versicherungen, Servicestelle Vergabewesen, Sühneamt, Verwaltung Amtsbudget, Berichtswesen des Amtes, Kostenabrechnung Rechtsstreite nebst Vorverfahren):

1 vollzeit- und 1 teilzeitbeschäftigte Beamtin des gehobenen Dienstes und 1 vollbeschäftigte Verwaltungsfachangestellte

Bereich 30-4 (Verfolgung von angezeigten Ordnungswidrigkeiten; Verwaltung Stadtrecht; Verwaltung Rechtsreferendare; Verwaltung Jurastudenten während des Pflichtpraktikums):

1 Beamter des mittleren Dienstes und 2 Verwaltungsfachangestellte

Abteilung 30-S: Statistik und Stadtforschung

Datenaufbereitung aus amtlichen Statistiken und aus Daten des Verwaltungsvollzugs, Veröffentlichungen (Statistik aktuell), Anwenderschulung und –beratung, Vertretung der Stadt in Fachgremien, Kooperation mit anderen städt. Stellen und mit externen Stellen (z.B. andere Städte, Statistisches Landesamt), Präsentationen im Internet; Auskünfte; Beratung

Einwohner und Gebäude: Gebäudedatei, Bautätigkeitsstatistik, Einwohnerdatei (Bestandsdaten, Wanderungen, Geburten, Sterbefälle), Volkszählungsdatei, Bevölkerungsprognose, Haushaltegenerierung

Raumbezugssystem: Pflege der kleinräumigen Gliederung, Betreuung der Fachschale Statistik im Geografischen Informationssystem, thematische Karten

Umfragen: repräsentative Bürgerbefragungen im Abstand von 2 Jahren; Mietspiegel

Wahlen: Einteilung der Wahlbezirke, aktuelle Präsentation der Ergebnisse, Wahlberichte, repräsentative Wahlstatistik

Sonderprojekte

Abteilungsleitung

1 vollzeitbeschäftigte Angestellte des höheren Dienstes

Sachbearbeiterinnen und Sachbearbeiter:

1 teilzeitbeschäftigter Angestellter im höheren Dienst und 4 vollzeitbeschäftigte Fachangestellte;

1 Beamter des mittleren Dienstes,

1 befristet in Teilzeit beschäftigter Angestellter für Hilfsarbeiten (Gebäudedatei)

Amtsspezifische Besonderheiten:**Städtische Datenschutzbeauftragte:**

Die städtische Datenschutzbeauftragte ist direkt dem Oberbürgermeister unterstellt.

Abteilung 30-R: Recht:

Die Rechtsberatung für die städtischen Dienststellen, für die beiden Eigenbetriebe, teils auch für städtische Gesellschaften, Zweckverbände und Kommunalunternehmen nimmt neben der Führung der Rechtsstreite vor den verschiedenen Gerichten einen erheblichen Teil der Arbeitszeit der Juristinnen und Juristen in Anspruch. Eine hohe Zahl an Rechtsstreitigkeiten vor den Sozialgerichten ist auf das Optionsmodell im Rahmen von ALG II zurückzuführen.

Seit 2002 wird daneben die umfassende Betreuung städtebaulicher Verträge wahrgenommen.

Eine Planstelle „Justitiar“ ist in Teilzeit mit einer Mitarbeiterin mit schwerer Sehbehinderung (100% MdE) besetzt.

Ab 01.12.2006 wurde mit dem Aufbau einer Vergabeserviceestelle begonnen.

In der Abteilung Recht werden die Aufgaben der „Enteignungsbehörde“ für das Stadtgebiet (nach verschiedenen Gesetzen) sowie die der Ermittlungsführung in Disziplinarsachen und der ständigen Vertretung der Einleitungsbehörde im förmlichen Disziplinarverfahren wahrgenommen.

Rechtsstreite aus dem Bereich der Stadt Nürnberg usw. werden aufgrund der Zweckvereinbarung zum gemeinsamen „BeihilfeCenter“ (Interkommunale Zusammenarbeit) von 30-R geführt.

In verschiedenen Projekten (z.B. gKU „KommunalBIT“; Telearbeit; DMS-Lenkungsgruppe, AGHV, sonstige IZ-Projektgruppen) wird ständig oder bei Bedarf mitgewirkt.

Es werden hausintern Seminare veranstaltet. Verwaltungsunterricht wird erteilt.

Abteilung 30-S: Statistik und Stadtforschung

Die Abteilung Statistik und Stadtforschung wird aufgrund gesetzlicher Bestimmungen sachlich und örtlich getrennt geführt, d.h. im Gebäude Schuhstraße 11 („Abschottung“).

- Regelmäßige Berichte für „Statistik aktuell“; Bevölkerungsprognosen; Schulentwicklungsplan;
- kleinräumige Einwohnerprognosen (Bedarf Kindertagesstätten);
- Datenaufbereitungen: z.B. für „Soziale Stadt“, „Stadt und Land – Hand in Hand“;
- Fortführung der Gebäudedatei;
- Vorbereitung des Zensus 2011;
- Erstellung von Materialien für den Bildungsbericht 2010
- Befragungen im Auftrag anderer Fachbereiche (z.B. VHS, Jugendamt, Sozialamt);
- Bereitstellung von Datenmaterial für andere Dienststellen (z.B. Arbeitslosenzahlen, Sozialstrukturanalysen);
- Einstellung von Berichten und geeignetem Material im Internet unter www.erlangen.de/statistik
- Innovationsring Bayer. Städtetag (13 Städte; Handlungsfelder: Bildung + Schule; Wirtschaft + Beschäftigung; Bevölkerungsentwicklung / -struktur; Soziales; Umwelt);
- Aussagen zu Personen mit Migrationshintergrund;
- weitere Arbeiten für den Sozialbericht;

1.2 Mehrarbeit und Überstunden

Vorjahr 2008		Lfd.Kalenderjahr 2009 (z.Zt.d.Erstellung d. ArbProg.)		Lfd. Kalenderjahr 2009 (Progn. Restlaufzeit)		Arbeitsprogrammjahr 2010 (Prognose)	
Std.	Bem.	Std.	Bem.	Std.	Bem.	Std.	Bem.
25	Mehrarbeit	---	Nicht angeordnet	-----	Nicht angeordnet		Nicht geplant
Begründung der Mehrarbeit- und Überstundenentwicklung:							
Die Anordnung von Mehrarbeit für Statistikerarbeiten war wegen der Übernahme zusätzlicher Statistikerarbeiten im Zusammenhang mit der Erstellung einer Schülerprognose / Schulentwicklungsplanung erforderlich.							

1.3 Beantragte Änderungen für den Stellenplan 2010

(Übersicht ohne Stellenwertänderungen)

- a) Folgende **neue Planstellen** wurden von der Fachdienststelle beantragt und mit der Verwaltungsspitze abgestimmt:
- entfällt
- b) Folgende **Stelleneinzüge, Stellensperrungen und kw-Vermerke** wurden vorgeschlagen:
- Stelleneinzüge und kw-Vermerke wurden nicht vorgeschlagen
- c) Folgende Planstellen, Stelleneinzüge und -sperrungen und kw-Vermerke sind **nicht im Konsens mit der Verwaltungsspitze**:
- entfällt

1.3.1 "Mit welchen Konsequenzen rechnet das Fachamt, wenn den Stellenplanwünschen nicht entsprochen werden kann ?"

entfällt

1.3.2 Hat sich die Personalausstattung in den letzten zwei Jahren wesentlich verändert bzw. ist damit im Budgetjahr 2010 zu rechnen ?"

Im Budgetjahr 2010 werden nach derzeitigem Kenntnisstand keine wesentlichen Änderungen erwartet. In den letzten zwei Jahren sind folgende Änderungen eingetreten:

Abteilung 30-R

Juni 2008: Ausschreibung und Wiederbesetzung einer anteilig frei gewordenen Planstelle „Justitiar“ (Teilzeit).

16.06.2008: Bestellung eines Justitiars der Rechtsabteilung zum Leiter des Bauaufsichtsamtes nebst Umsetzung (Stadtratsbeschluss vom 30.05.2008).

01.08.2008: Ausschreibung und Wiederbesetzung der frei gewordenen Planstelle „Justitiar“ (Vollzeit) mit einem vollbeschäftigten Juristen im Beamtenverhältnis (Rechtsrat)

Abteilung 30-S

01.01.2008: Wiederbesetzung der durch Umsetzung freigewordenen Planstelle mit einem Fachangestellten (Vollzeit)

01.04.2009 bis 30.09.2009 bzw. bis 31.03.2010: befristete Einstellung mit 30 Wochenstunden (mit GGFA-Leistungen) für Hilfsarbeiten zur Aufbereitung der Gebäudedatei

13.07.2009 bis 31.07.2010: befristete Einstellung einer Fachangestellten (Vollzeit) für Sonderprojekte

1.4 Aufgaben und Arbeitsschwerpunkte

1.4.1 „Sind für das Haushaltsjahr 2010 umfassendere Veränderungen bereits absehbar oder konkret geplant?“ (organisatorische Veränderungen, Wegfall von Aufgaben, zusätzl. Aufgaben)

Ablieferung der Materialien für den Bildungsbericht; Fortschreibung Mietspiegel auf Index-Basis; Beendigung der Arbeiten für den Innovationsring; aufwändige Vorarbeiten für den Zensus 2011 einschließlich Einrichtung der Erhebungsstelle und Schulung von 239 Interviewern.

1.4.2 „Wie wirken sich diese geplanten Veränderungen auf die Arbeit des Fachamtes aus?“ z.B. Qualität der Dienstleistung, Personalausstattung, Belastung/Entlastung Budget usw.

Die zusätzlichen Aufgaben sollen im Rahmen befristeter Arbeitsverhältnisse erledigt werden.

2 Finanzdaten/ Budgetdaten – Finanzziele

„Wie sehen die finanziellen Rahmenbedingungen im Fachamt aus?“

2.1 Übersicht über die voraussichtliche finanzielle Ausstattung der Bewirtschaftungseinheit

Budgetrahmen der Bewirtschaftungseinheit:

umfasst nicht nur die Einnahmen und Ausgaben des bisherigen Sach- und Personalkostenbudgets eines Amtes, auch Erträge und Aufwendungen, die den kameralen Hauptbudgets 01 (allgemeiner Haushalt), 07 (Kostenrechnende Einrichtungen) oder 08 (Delegationshaushalte) zugeordnet waren.

Die nicht steuerbaren Umsätze werden im Rahmen der Haushaltsberatungen gesondert gemeldet.

Zeile		Budget 2009	Budget 2010 (voraussichtlich)	
	Sachmittelbudget			
1	Aufwendungen - Sachmittel Kontenschema SKO	45.400 EUR	98.400 EUR	
2	Erträge - Sachmittel Kontenschema SKO	200.000 EUR	199.300 EUR	
3	Sachmittelbudget (Zuschuss/Überschuss Budget) Kontenschema SKO	154.600 EUR	100.900 EUR	
		Formel = hinterlegt	Formel = hinterlegt	
	Personalmittelbudget			
4	Aufwendungen - Personalmittel = Personalmittel - Zuschussbudget (ohne Versorgungs-, Beihilfen-, Personalnebenkosten - entspricht dem kameralen Personalkostenbudget) Kontenschema PK	884.400 EUR	961.700 EUR	
5	Erträge - Personalmittel - nicht im Personalmittelbudget -			

6	Zuschuss/Überschuss Fachamtsbudget (Sach- und Personalmittel)	- 729.800 EUR	- 860.800 EUR	
		Formel = hinterlegt	Formel = hinterlegt	
	nachrichtlich:			
7	Budgetrücklage Stand / voraussichtliche Stand	22.545, 50 EUR	17.205,01 EUR	
8	Auszahlung aus Investitionstätigkeit siehe Teilfinanzplan – Position 0300)	1.600 EUR für vermögenswirk- same Geschäfts- ausstattung	1.000 EUR für vermögens- wirksame Geschäftsausst.	

Neben dem zur Verfügung stehenden Amtsbudget werden von der Abt. 30-R folgende Haushaltsmittel verwaltet:

Kostenart	Haushaltsmittel 2009	Haushaltsmittel 2010 voraussichtlich
Zahlung von Versicherungsbeiträgen (außerhalb der Amtsbudgets)	1.422.100 EUR	1.478.100 EUR
Zahlung von Beiträgen zur Kfz-Versicherung – ca. 270 Verträge – (Zuordnung zum jeweiligen Amtsbudget)	ca. 95.000,00 EUR	ca. 95.000,00 EUR

2.2 Anmerkungen zur finanziellen Ausstattung

2.2.1 "Weicht der voraussichtliche Budgetrahmen 2010 auffällig von den Budgetdaten 2009 ab - wenn ja, warum?"

Ja

Der Budgetrahmen 2010 weicht vom Budgetrahmen 2009 ab, wenn ab 2010 die bisher dem allgemeinen Haushalt zugeordneten Aufwendungen für Prozesse i.H.v. 55.000 EUR dem Sachkostenbudget des Amtes für Recht und Statistik zugeordnet werden.

2.2.2 "Wird die voraussichtliche Budgetbemessung als ausreichend zur Erfüllung von "Pflichtaufgaben" angesehen - wenn nein, warum?"

Nein

Die voraussichtliche Budgetbemessung wird als nicht ausreichend zur Erfüllung der Aufgaben angesehen.

Abteilung 30-R:

Die Abteilung Recht erfüllt ganz überwiegend Pflichtaufgaben. Für folgende **Pflichtaufgaben** werden Mittel benötigt:

Vorgaben der Kämmerei in EUR	aus Sicht von Amt 30 zu erwartende Erträge bzw. Aufwendungen in EUR	Aufgabe / Begründung
Erträge:		
103.800	95.000	Ahndung angezeigter Ordnungswidrigkeiten: Die Erträge durch Verwarnungsgelder (pro Verwarnung bis zu 35 EUR) und Geldbußen unterschiedlicher Höhe sind von 30-R nicht steuerbar. Die Erträge sind davon abhängig, ob und wenn ja welche Verstöße begangen und von der Polizei oder den Fachbereichen an 30-R gemeldet werden. Im Durchschnitt der letzten zehn Jahre konnten nur Erträge i.H.v. ca. 91.000 EUR erzielt werden. Höhere Erträge in einzelnen Jahren waren nur dann möglich, wenn einzelne größere Geldbußen (mehr als 5.000 EUR) bezahlt wurden.

11.700	11.700	Verwaltungsgebühren im Zusammenhang mit der Ahndung von Ordnungswidrigkeiten: Höhere Erträge werden nicht erwartet. Die Verwaltungsgebühren sind abhängig von der Zahl der Verfahren. Die Zahl der angezeigten Verfahren ist seit mehreren Jahren gleich bleibend.
2.000	2.000	Einnahmen Prozesse: Obwohl die Einnahmen nicht beeinflussbar sind, sind ab 2010 die Erträge aus der Prozessführung dem Sachmittelbudget von Amt 30 zugeordnet. Aufgrund der bisherigen Erfahrungen werden Einnahmen in Höhe von ca. 2.000 EUR erwartet. Höhere Einnahmen sind voraussichtlich nicht erzielbar, da nur in bestimmten Verfahren eine Auslagenpauschale i.H.v. je 20,00 EUR beim Prozessgegner geltend gemacht werden kann, wenn die Stadt Erlangen im Prozess obsiegt.
76.700	76.700	Verwaltungskostenerstattungen vom Zweckverband Abfallwirtschaft, dem Entwässerungsbetrieb und dem Betrieb für Stadtgrün, Abfallwirtschaft und Straßenreinigung: Erstattungen können nur auf Basis der Personaldurchschnittskosten und den jeweiligen Arbeitszeitanteilen der Beschäftigten von Amt 30, die für den Zweckverband bzw. die Eigenbetriebe tätig werden, geltend gemacht werden. Höhere Einnahmen werden nach einer ersten Hochrechnung auf Basis der Personaldurchschnittskosten 2009 nicht erwartet.
Aufwendungen		
55.000	55.000	Aufwendungen Prozesse: Obwohl die Aufwendungen nicht steuerbar sind, sind sie (neu) ab 2010 dem Sachmittelbudget von Amt 30 zugeordnet. Nach derzeitigem Stand werden die Mittel i.H.v. 55.000 EUR für die Führung der Prozesse ausreichen. Grundsätzlich müssen die für die Führung von Prozessen notwendigen Mittel zur Verfügung gestellt werden. Hierbei ist zu berücksichtigen, dass die Stadt Erlangen überwiegend passiv Prozesse (Stadt wird verklagt) führt. Einsparungen bei Prozesskosten könnten nur erreicht werden, wenn den Forderungen der Kläger entsprochen würde. Dies würde in der Regel zu Mehrbelastungen in anderen Bereichen (z.B. höhere Sozialleistungen) führen.
20.900	20.900	Juristische Beratung der Fachbereiche, Beratung in Vergabeangelegenheiten, Abschluss und Aktualisierung von Versicherungsverträgen, Bearbeitung von Schadensfällen: Die Aufwendungen werden zur Deckung der für den laufenden Betrieb notwendigen Mittel (Telefon, Dienstreisen, Fortbildungen, Porto, usw.) benötigt. Weitere Einsparpotentiale werden hier nicht gesehen (bisherige Mittel i.H.v. 22.100 EUR).

Abteilung 30-S:

Bei den Aufgaben der Abteilung Statistik und Stadtforschung handelt es sich um Pflichtaufgaben bzw. um Serviceleistungen für die städtischen Ämter aufgrund von Vorgaben aus Verwaltung und Politik.

Bisherigen Erträgen von 5.000 EUR für den Verkauf des Mietspiegels 2007 bzw. von statistischen Auswertungen stehen Aufwendungen für andere Projekte, z.B. die Erstellung von Materialien für einen Bildungsbericht gegenüber. Einsparpotentiale bzw. Möglichkeiten zur Erhöhung der Erträge sind nicht erkennbar.

2.2.3 Einsparvorschläge aufgrund des Stadtratsbeschlusses vom 30.07.2009:

Das Einsparvolumen des Amtes für Recht und Statistik beläuft sich nach den Vorgaben der Kämmerei auf 7.300 EUR (gerundeter Betrag).

Aus Sicht von Amt 30 sind folgende Einsparungen durch Erhöhung der Erträge bzw. Reduzierung der Aufwendungen möglich:

Betrag in EUR	Kostenstelle	Kostenträger	Sachkonto	Begründung
Abt. 30-R				
2.000	301090	11124130	446101	Einnahmen aus Prozessen; bisher ohne Ansatz im allgemeinen Haushalt (s. Ziff. 2.2.2)
5.000	301090	11124130	543231	Aufwendungen für Prozesse (s. Ziff. 2.2.2)
1.000	301090	11120030	543111	Reduzierung bei Geschäftsausgaben
300	301090	11120030	541211	Reduzierung bei Dienstreisen
1.000	301090	11120030	529101	Wegfall der freiwilligen Aufgabe „Reinigung und Neugestaltung von mit Graffiti bemalten Unterführungen“
Abt. 30-S				
500	302090	12110030	543111	Reduzierung bei Geschäftsausgaben
200	302090	12110030	542971	Reduzierung bei sonstigen Aufwendungen
100	302090	12110030	58101	Reduzierung bei Druckkosten durch Anschaffung eines Farbdruckers in 2009
10.100	Summe			

Aufgrund der vorstehenden Vorschläge könnte Amt 30 eigentlich das vorgegebene Einsparvolumen von 7.300 EUR erreichen.

Da aber die Erträge durch Vereinnahmung von Verwarnungsgeldern und Geldbußen nicht in der bisherigen Höhe (bisheriger Ansatz 106.500 EUR) erzielt werden können, sind zusätzliche Budgetmittel in Höhe von 8.800 EUR (Reduzierung des Ansatzes bei Verwarnungsgeldern und Geldbußen auf 95.000 EUR) erforderlich.

Nach den Planungen von Amt 30 beläuft sich das Überschussbudget auf nur 92.100 EUR und nicht wie im Entwurf der Kämmerei vorgesehen auf 100.900 EUR.

Bei den Personalkosten werden keine Einsparpotentiale gesehen.

Ergänzend wird darauf hingewiesen, dass bei den von Amt 30 verwalteten Versicherungsbeiträgen keine Einsparungen möglich sind. Der größte Teil der Versicherungsbeiträge betrifft die Beiträge zur Gesetzlichen Unfallversicherung (ca. 712.600 EUR), die Beiträge zur Kommunalen Haftpflichtversicherung (ca. 242.000 EUR), zur Vermögenseigenschadenversicherung (ca. 62.000 EUR) und zu den Gebäude- und Inventarversicherungen (ca. 294.200 EUR). Bei diesen Versicherungen handelt es sich hinsichtlich der Gesetzlichen Unfallversicherung um Pflichtversicherungen bzw. ist hinsichtlich der anderen Versicherungen eine Kündigung nicht sinnvoll.

Nach bisherigen Berechnungen werden für die Versicherungen voraussichtlich zusätzliche Mittel in Höhe von 56.000 EUR benötigt (z.B. für die Versicherung der Schulneubauten usw.).

2.2.4 "Sind für die Finanzierung des Arbeitsprogramms 2010 Verschiebungen zwischen Sachmitteln und Personalmitteln geplant? Wenn ja, warum und in welcher Form?"

Nein

2.2.5 „Kann eine vorsichtige Prognose zum Budgetergebnis 2009 gemacht werden? In welcher Form könnte das Budgetjahr 2009 finanzielle Auswirkungen auf 2010 haben?“

Abt. 30-R wird das Budgetjahr 2009 aufgrund von Mindereinnahmen (zurzeit ca. 16.000 EUR) bei den Verwarnungsgeldern und Geldbußen voraussichtlich nicht ausgeglichen abschließen können.

Finanzielle Auswirkungen werden bei Bestätigung der Prognose nur erwartet, wenn im Rahmen der Abrechnung des Haushaltsjahres 2009 der Fehlbetrag nicht ausgeglichen wird. Insbesondere ist dann nicht mehr die Fortbildung der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Abteilung Recht und die Aktualisierung der Fachbibliothek gewährleistet.

Abt. 30-S wird das Budgetjahr 2009 ausgeglichen abschließen.

3 Übergeordnete Strategische Ziele, Programmplanung, Produktspezifische Ziele

"Welche inhaltlichen Schwerpunkte beabsichtigt das Fachamt im Rahmen des voraussichtlichen finanziellen Handlungsspielraumes zu setzen?"

3.1 Übergeordnete strategische Ziele / Zielbeiträge

Abt. 30-R:

Die Tätigkeit der Abteilung Recht ist ganz überwiegend gekennzeichnet durch Erledigung von Pflichtaufgaben. Die Prozesse müssen geführt, die gesetzlichen Versicherungen für Mitarbeiter, Studenten, Schüler, außerschulisch betreute Kinder, Fahrzeuge usw. müssen bezahlt, die Schadenfälle bearbeitet und die Ordnungswidrigkeiten geahndet werden.

Abt. 30-S:

Die Arbeiten werden sich 2009/2010 auf die „Materialien zum Erlanger Bildungsbericht“ und 2010 auf die Durchführung der repräsentativen Bürgerbefragung „Leben in Erlangen 2010“ erstrecken. Die Arbeiten für den Innovationsring sollen bis zur Jahresmitte abgeschlossen sein. Die Neuberechnung der kleinräumigen Bevölkerungsprognose wird fortgesetzt. Die Erhebungsstelle für den Zensus 2011 wird eingerichtet und die Interviewer werden geschult.

3.1.1 Übergeordnete strategische Ziele / Zielbeiträge in Bezug auf den demografischen Wandel der Stadtgesellschaft (Veränderungen der Bevölkerungsstruktur, Zielgruppen etc. und Reaktionen darauf, Handlungskonsequenzen, Synergien, insb. mit Blick auf Senioren)

Im Rahmen eines „Monitoring zum demografischen Wandel“ wird 2010 von Abt. 30-S eine Neuberechnung der kleinräumigen Bevölkerungsprognose vorgelegt. Veränderungen bei der Altersstruktur und kleinräumige Besonderheiten der Bevölkerung spielen dabei eine besondere Rolle. Mit den Ergebnissen dieser Prognose können zahlreiche Auswertungswünsche anderer Stellen zum demografischen Wandel bedient werden. Die gewonnenen Daten dienen als Planungsgrundlage für Entscheidungen des Stadtrats und der Verwaltung.

Der demografische Wandel und die damit verbundenen Änderungen der Bevölkerungsstruktur haben keinen Einfluss auf die Leistungen des Amtes für Recht und Statistik. Das Amt ist vorrangig Dienstleister für die anderen Fachbereiche der Stadtverwaltung. Wenn Leistungen des Amtes von Bürgerinnen und Bürgern in Anspruch genommen werden, erfolgt dies unabhängig vom Alter.

3.1.2 Übergeordnete strategische Ziele / Zielbeiträge in Bezug auf den demografischen Wandel des Personalkörpers in ihrem Amtsbereich (Veränderungen der Altersstruktur, besondere Belastungssituationen etc.)

Bisher hat der demografische Wandel noch keine Auswirkungen auf den Personalkörper des Amtes. Besondere Belastungssituationen aufgrund von Veränderungen der Altersstruktur des Personalkörpers werden aufgrund der reinen Verwaltungstätigkeiten nicht erwartet.

3.2 Erledigung des Arbeitsprogramms 2009

Kann das Arbeitsprogramm 2009 bis zum Jahresende 2009 abgearbeitet werden?

Abt. 30-R	Ja	Abt. 30-S	Ja
------------------	----	------------------	----

Wenn nein, was muss nach 2010 verschoben werden und warum? (Auflistung der voraussichtlich unerledigten Arbeiten in Verbindung mit Budgetmitteln)

entfällt

Welche vorgesehenen Arbeiten für 2009 fallen ersatzlos weg? (z.B. Änderung der Planung, Gesetzesänderung, Wegfall der Geschäftsgrundlage)

entfällt

3.3 "Zwingt der vorhandene Finanzrahmen (Eckwerte 2010 + vorsichtige Prognose zu Budgetergebnis 2009) das Fachamt eventuell zu einer Leistungsreduzierung, Angebotsverdichtung ? Wenn ja, in welcher Form ?"

In der Abt. 30-R ist eine Leistungsreduzierung bzw. Angebotsverdichtung nicht möglich, da die Pflichtaufgaben erledigt werden müssen (s. Ziff. 2.2.2)

Der Finanzrahmen der Abt. 30-S führt derzeit nicht zu einer Leistungsreduzierung bzw. Angebotsverdichtung.

3.4 "Könnten Einflüsse von "außen", die durch das Amt nicht oder nur eingeschränkt beeinflussbar sind, die Zielerreichung gefährden ? Sehen Sie sonstige "Risiken", die das Budget und das Leistungsangebot belasten könnten ?"

Nicht gesichert ist, dass die im Haushaltsjahr 2010 bei der Abt.30-R vorgesehenen Erträge bei den Verwarnungsgeldern und Geldbußen erzielt werden, da diese Erträge nur sehr begrenzt steuerbar sind.

Im Bereich der Abt. 30-S ist die Zielerreichung gefährdet, wenn das erforderliche Personal nicht zur Verfügung steht.

3.5 "Erfordern die finanziellen Rahmenbedingungen grundlegende (inhaltliche u./o. finanzielle) Entscheidungen durch die Politik ?"

Nein

Zur Erfüllung der gesetzlichen Aufgaben von Abt. 30-R müssen Personal und Mittel zur Verfügung gestellt werden.

3.6 "Können Prioritäten/Alternativen zur Entscheidungsunterstützung aufgezeigt werden ?"

Nein

Von der Abt. 30-R sind überwiegend Pflichtaufgaben wahrzunehmen.

3.7 Welche Konsequenzen für Bürgerinnen u. Bürger, für die Verwaltung könnten solche Entscheidungen nach sich ziehen ?"

entfällt

Leistungsreduzierungen bzw. Angebotsverdichtungen sind wegen der überwiegend gesetzlichen Aufgaben nicht möglich. Insoweit sind keine negativen Konsequenzen für die Bürgerinnen und Bürger bzw. die Verwaltung erkennbar.

- Ende -